

# Die Bergbau-Industrie

Organ des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands

Bezugspreis durch Boten vierteljährl. 2,25 M., durch die Post 3 M. Einzelnummern 50 Pf. ♦ Anzeigenannahme: Inleraten-Union, GmbH., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3. ♦ Preis für die 25 mm breite Millimeterzelle 40 Pf. Platzvorstellungen ausgeschlossen. ♦ Postfach-Ronto Hannover Nr. 576 13. ♦ Giro-Konto: Bank der Arbeiter, Angestellten u. Beamten, Filiale Bochum, Bismarckstr. 46. ♦ Tel.-Nr. 608 21. ♦ Telegr.-Adr.: Arbeiterverband Bochum.

## Soll es so weitergehen?

Der Volksentscheid am 5. März. — Bergarbeiter in Front.

Seit der unglücklichen Reichstagswahl im Jahre 1930, wo die Diktaturparteien, insbesondere die Nazis, erstmalig einen entscheidenden Wahlsieg errangen, geht es ständig bergab.

Die Zahl der Arbeitslosen ist seitdem um nahezu das Dreifache gestiegen. Feiertage und Kurzarbeit haben sich riesig vermehrt. Die Zahl der arbeitslosen Bergarbeiter ist inzwischen um das Mehrfache gestiegen. Die Gesamtlohnsummen in den meisten deutschen Bergbaugebieten sind um fast zwei Drittel zurückgegangen. Eng verbunden mit dieser ungeheuren Schrumpfung der Bergarbeiterlöhne war ein Abbau der knappschaftlichen Bezüge und eine Kürzung der sozialen Leistungen.

Nach nie waren die Bergarbeiter so arm, nach nie waren Not und Elend in den Bergrevieren so groß wie im Zeichen der nationalsozialistischen und kommunistischen Wahlsiege.

Der katastrophale Wahlausgang im Jahre 1930 hat auch in Deutschland eine Kette gewalttätiger und blutiger Auseinandersetzungen ausgelöst. Der politische Meinungskampf mit geistigen Waffen ist in den Hintergrund getreten. Politischer Terror, Mord und Totschlag, rohe Gewaltakte, Unfreiheit und reaktionäre Machenschaften triumphierten. Die Gegner des demokratischen Staates haben den innerpolitischen Frieden, der in den letzten zehn Jahren unter „marxistischer“ Herrschaft verbürgt war, in einen unheilvollen Kriegszustand verwandelt. An Stelle der politischen Meinungsfreiheit ist Kontrolle und einseitige Willkürherrschaft getreten. Die sogenannten aufbauwilligen und nationalen Kräfte Deutschlands haben Verhältnisse geschaffen, die nach unserer Auffassung mehr an Barbarei als an einen Kulturstaat erinnern.

Anstatt Arbeit und Brot zu erhalten, taumelte in den letzten Monaten das deutsche Volk von einem Wahlkampf in den anderen. Eine Regierungskrise löste die andere ab. Die politische Unsicherheit, die dadurch heraufbeschworen wurde, verschärfte die Wirtschaftskrise in ungeheurem Ausmaße.

Die Folgen des „autoritären“ Regierungssystems mußten bisher die Krisenopfer, die verarmten und notleidenden Volksgenossen tragen.

Statt großzügiger Arbeitsbeschaffung nach den Forderungen der Gewerkschaften und innenpolitischer Ruhe wollen auch die neuen Machthaber einen neuen Wahlkampf. Am 5. März sollen die deutschen Wähler darüber entscheiden, ob die Regierung Hitler-Hugenberg-Papen im Reichstag eine Mehrheit finden soll. Am 5. März soll die deutsche Arbeiterschaft noch einmal darüber entscheiden, ob der kapitalistische Verelendungskurs der Hintermänner der Harzburger Front oder die sozialistischen Aufbaupläne der Eisernen Front unsere Zukunft bestimmen.

Was ist die Harzburger Front? Sie ist ein politisches Sammelbecken für die entthronten Fürstensöhne, für Grafen, Barone und Generale. Sie ist eine politische Vereinigung für Großindustrielle und Großagrarier und damit ein politischer Kampfbund der besitzenden und diktatorhülsternen Herrschaft Deutschlands.

Die nationalsozialistische deutsche Arbeiterpartei, die im letzten Wahlkampfe gegen den Herrenklub und gegen die „Clique schwarzweißer Reaktionäre“ einen erbitterten Kampf führte, hat sich inzwischen mit den Vertretern großkapitalistischer Interessen verbrüderet. Anstatt daß die Hitlerpartei, zur Macht gelangt, nun ihre zahllosen Versprechungen erfüllt und praktische Taten zeigt, vertröstet man die Masse mit nichts sagenden Rundfunkreden und neuen unbestimmten Versprechungen.

Die Propheten des neuen Regimes vergessen immer wieder, daß mit Versprechungen und Vertröstungen den arbeitenden und notleidenden

Volksgenossen nicht geholfen wird. Sie vergessen, daß die Beseitigung der Wirtschaftsnot nur durch eine Stärkung der Massenkaufkraft herbeigeführt werden kann. Die notwendige Stärkung der Massenkaufkraft und Wirtschaftsbelebung wird aber nicht durch preisverteuernde Zollerhöhungen herbeigeführt. Sie wird auch nicht dadurch geschaffen, daß man Notverordnungen erläßt, durch die man Rede-, Presse- und Versammlungsfreiheit beschränkt.

Das Mißverhältnis zwischen Gütererzeugung und Wiederverbrauch, das Kernübel der kapitalistischen Wirtschaftskrise, wird auch nicht durch Arbeitsdienstpflicht aus der Welt geschafft. Am allerwenigsten aber ist den acht Millionen Arbeitslosen in Deutschland damit zu helfen, daß man verdienstvolle republikanische Beamte entläßt und Staatsposten für Posten-jäger und Parteibeamte aus dem nationalen Lager freimacht. Die wirtschaftliche Massennot wird auch nicht dadurch behoben, daß man den Wünschen des Großkapitals Rechnung trägt und

### Die gewerkschaftlichen und sozialen Errungenschaften schmälert.

Es liegt auch nicht im Interesse des Volkes, daß man parlamentarische Beratungen über den Osthilfeskandal unmöglich macht und damit die Verschleuderung von Steuergroschen an den Großgrundbesitz in ein geheimnisvolles Dunkel hüllt.

Bergarbeiter! Kameraden! Aus alledem ergibt sich, was für das deutsche Volk, und insbesondere für die deutsche Arbeiterschaft, auf dem Spiele steht. Am 5. März habt ihr mit darüber zu entscheiden, ob der konterrevolutionäre Gewaltkurs und die großkapitalistischen Interessenten in Deutschland siegen und damit eine unheilvolle Reaktionsperiode eingeleitet wird. Am 5. März habt ihr mit darüber zu entscheiden, ob die Front der nationalsozialistischen Diktaturleute oder der demokratische Freiheitswille siegt. Am 5. März habt ihr mitzubestimmen darüber, ob die kapitalistischen Verelendungspläne oder aber die sozialistischen Aufbaupläne unsere Zukunft bestimmen. Ihr alle wißt es: kein Mensch in Deutschland brauchte zu hungern, wenn wir eine gerechte Einkommensverteilung und einen sozialistischen Volksstaat hätten. Ihr alle kennt den lächerlichen Widersinn, der darin liegt, daß die Arbeitsleistungen im Bergbau ungeheuer gestiegen sind, aber trotz des wachsenden wirtschaftlichen Reichtums und trotz aller technischen Fortschritte das werktätige Volk infolge der kapitalistischen Wirtschaftsweise immer mehr verarmt.

Die politische Entscheidungsschlacht am 5. März muß uns deshalb gerüstet finden. Alle fortschrittsgewillten Bergarbeiter kämpfen in der Eisernen Front und setzen sich ein für den

### Sieg der Liste 2, der Sozialdemokratischen Partei.

Jede Arbeiterstimme, die dieser Partei verlorengeht, stärkt die Reaktion und hilft der Harzburger Front. Darum, Kameraden, kämpft mit aller Kraft für den Sieg der Liste 2. Darüber hinaus gilt es mehr denn je, unsere gewerkschaftliche Kampffront zu stärken. Wie auch die politische Entscheidungsschlacht am 5. März ausfallen mag, das zukünftige Schicksal der deutschen Arbeiterschaft wird entscheidend beeinflusst durch die Macht der Gewerkschaften. Nicht zuletzt wird es von der gewerkschaftlichen Selbsthilfe der Bergarbeiter abhängen, ob die Zehnherrn des Ruhrgebiets, die bereits jetzt Manteltarif und Lohnabkommen gekündigt haben, ihre Verschlechterungspläne verwirklichen können. Unsere Kampfpardole muß deshalb lauten:

**Stärkt den Verband! Wählt Liste 2, Sozialdemokraten!**

# An die Mitglieder der Gewerkschaften!

Zum sechstenmal innerhalb eines Jahres werdet Ihr an die Wahlurne gerufen.  
Bei all diesen Wahlen stand die gleiche Frage zur Entscheidung, die Schicksalsfrage von der künftigen Gestalt des deutschen Staates, von dem Gange seiner Gesetzgebung und seiner Verwaltung. Soll die Staatsgewalt einer kleinen Herrschaft, soll sie der Diktatur einer Partei, soll sie einer Einheitsfront der sozialen Reaktion überantwortet oder soll das Volk wieder souverän im Staate werden?

Um diese Frage geht der erbitterte Kampf. Er ist noch nicht entschieden, trotzdem seit langem schon die Staatsgewalt nicht mehr vom Volke ausgeht, sondern beim Reichspräsidenten und seinen Ratgebern konzentriert ist.

Ihr habt bisher bei jeder Wahl euren Gogen im Inneren und außerhalb der Regierung euren festen Willen entgegen gestellt, die Souveränität des Volkes in vollem Umfange wiederzugewinnen. Ihr habt das Volkrecht gegen jegliches Diktaturgebot verteidigt. Wirtschaftliche Not und politischer Terror haben euren Freiheitswillen nicht gebrochen.

Euer Kampf war nicht vergebens, wenn auch zur Zeit die soziale Reaktion im Sattel liegt. Denn heute ist euer rechtmäßiger Widerstand gegen jeglichen Umsturz der stärkste, der einzig wirksame Schutz der Verfassung und eurer Rechte.

Deutsche Arbeiter und Angestellte, Frauen und Männer! Ihr wißt, was auf dem Spiel steht. Ihr kennt die Geschichte der letzten vierzehn Jahre, ihr habt nicht vergessen, wie sie wirklich gewesen ist. Ihr glaubt keine schwarzweißen Märchen über den Marxismus. Ihr wißt, was ihr der deutschen Arbeiterbewegung zu verdanken habt.

Erst als die Staatsgewalt vom Volke ausging, erst im November 1918, wurde die Schmach des Dreiklassenwahlrechts ausgelöscht. Erst damals wurden die letzten Schranken der Reaktionsfreiheit niedergedrückt. Erst damals wurde das Sklavenrecht der Landarbeiter, die Geirndeordnungen, beseitigt. Erst in jenen Tagen wurde der Bau der deutschen Sozialpolitik zum Vollwerk der inneren Freiheit unseres Volkes. Erst damals wurde das deutsche Arbeitsrecht zu der Brücke zwischen Arbeiterbewegung und Nation, an deren Grundpfeilern eure Feinde heute rütteln.

Gewerkschaftsmitglieder! Die Staatsgewalt darf nicht jenen Mächten und politischen Gruppen ausgeliefert werden, die ihre Willkür an Stelle eures rechtschöpferischen Willens setzen wollen.

So unabsehbar die wirtschaftliche Not ist, ihr habt noch viel zu verlieren. Schützt euer Recht! Verteidigt am 5. März das neue Deutschland gegen den Generalangriff seiner inneren Feinde.

Ihr wißt, in welcher Front ihr diesen Freiheitskampf führt. Ihr wißt, wem ihr eure Stimme zu geben habt.

Eure Entscheidung wird fallen für Volksherrschaft gegen Diktatur, für ein freies, sozialistisches Deutschland!

Berlin, den 15. Februar 1933.

Die Bundesvorstände

des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Allgemeinen freien Angestelltenbundes.

# Was haben die Nazis versprochen?

Das System muß fallen.

Sie wollen uns „an der Macht beteiligen“. Das heißt, sie würden uns ein einflussloses Ministerium überlassen, uns dabei mit ihrer eigenen Partnerschaft bis über die Ohren blamieren und kompromittieren, sonst aber die alte Politik fortsetzen. Das darf nicht sein. Das System muß fallen! (Ausruf zur Reichstagswahl am 19. Juli 1932.)

Arbeit und Brot.

Wir machen keine eiteln und unerfüllbaren Versprechungen. Aber das geloben wir festerlich: Wie werden dem Volke Arbeit und Brot geben! (Ausruf zur Reichstagswahl am 22. Juli 1932.)

Frieden und Freiheit.

Das deutsche Volk weiß, daß die Zeit der Interessenparteien vorbei ist und daß in Deutschland die eine große Partei, die Partei Adolf Hitlers, bereit ist, das Erbe der Systemparteien anzutreten und ein neues, starkes, mächtiges Deutsches Reich aufzurichten. Ein Reich der Freiheit und des Friedens, ein Reich der nationalen Ehre und der sozialen Gerechtigkeit. (Wahlaufruf vom 29. Juli 1932.)

Senkung der Steuern.

Bereinfachung des Steuerwesens ist das Gebot der Stunde. Die Ausgaben müssen entsprechend der Notlage des Volkes auf das Mindestmaß zurückgeschraubt werden, die Steuern selbst aber gerecht verteilt sein, d. h. die Großen tragen die großen und die Kleinen tragen die kleinen Lasten. (Wahlaufruf vom 29. 7. 32.)

Im nationalsozialistischen Parteiprogramm befinden sich u. a. folgende Artikel:

2. Wir fordern die Gleichberechtigung des deutschen Volkes gegenüber den anderen Nationen, Aufhebung der Lebensverträge von Versailles und St. Germain.

7. Wir fordern, daß sich der Staat verpflichtet, in erster Linie für die Erwerbs- und Lebensmöglichkeit der Staatsbürger zu sorgen. Wenn es nicht möglich ist, die Gesamtbevölkerung des Staates zu ernähren, so sind die Angehörigen fremder Nationen aus dem Reiche auszuweisen.

10. Erste Pflicht jedes Staatsbürgers muß sein, geistig oder körperlich zu schaffen. Die Tätigkeit des einzelnen darf nicht gegen die Interessen der Allgemeinheit verstoßen, sondern muß im Rahmen des Gesamten und zum Nutzen aller erfolgen. Daher fordern wir:

11. Abschaffung des arbeits- und mühelosen Einkommens. Bredung der Zinsnechtschaft!

12. Im Hinblick auf die ungeheuren Opfer an Gut und Blut, die jeder Krieg vom Volke fordert, muß die persönliche Bereicherung durch den Krieg als Verbrechen am Volke bezeichnet werden. Wir fordern daher restlose Einziehung aller Kriegsgewinne.

13. Wir fordern die Verstaatlichung aller (bisher) bereits vergesellschafteten Betriebe (Trusts).

14. Wir fordern Gewinnbeteiligung an Großbetrieben.

15. Wir fordern einen großzügigen Ausbau der Altersversorgung.

17. Wir fordern eine unseren nationalen Bedürfnissen angepaßte Bodenreform, Schaffung eines Gesetzes zur unentgeltlichen Enteignung von Boden für gemeinnützige Zwecke, Abschaffung des Bodenzinses und Verhinderung jeder Bodenpekulation.

18. Wir fordern den rückichtslosen Kampf gegen diejenigen, welche durch ihre Tätigkeit das Gemeininteresse schädigen. Gemeine Volksverbrecher, Wucherer, Schieber usw. sind mit dem Tode zu bestrafen, ohne Rücksichtnahme auf Konfession und Rasse.

Arbeiter und Arbeiterinnen! Hat Adolf Hitler ein Wort darüber geredet, wann das alles erfüllt wird? Zieht die Lehre daraus: Wählt Liste 2.

# Die Naziregierung und ihr Programm.

Am Abend des 1. Februar verlas Reichskanzler Hitler im Rundfunk einen Ausruf der neuen Regierung, dessen wortreiche Einleitung ganz im Stile der Reden abgefaßt war, die Adolf Hitler seit Jahren in ewig monotonem Gleichklang gehalten hat: „Vierzehn Jahre Marxismus haben Deutschland ruiniert“, die „nationale Regierung“ wird es erretten. Adolf Hitler verkündete:

„Die nationale Regierung wird das große Werk der Reorganisation der Wirtschaft unseres Volkes mit zwei großen Vierjahresplänen lösen:

1. Rettung des deutschen Bauern zur Erhaltung der Ernährungs- und damit Lebensgrundlage der Nation.

2. Rettung des deutschen Arbeiters durch einen gewaltigen und umfassenden Angriff gegen die Arbeitslosigkeit.

In vierzehn Jahren haben die „Novemberparteien“ den deutschen Bauernstand ruiniert.

In vierzehn Jahren haben sie eine Armee von Millionen von Arbeitslosen geschaffen.

Die nationale Regierung wird mit eiserner Entschlossenheit und zäher Ausdauer folgenden Plan verwirklichen:

Binnen vier Jahren muß der deutsche Bauer der Verelendung entrissen sein.

Binnen vier Jahren muß die Arbeitslosigkeit endgültig überwunden sein.“

Wie dies Programm, das Hitler „gigantisch“ nannte, verwirklicht werden soll, darüber schwieg er; man erfuhr nur: „Zu den Grundpfeilern dieses Programms gehört der Gedanke der Arbeitsdienstpflicht und der Siedlungspolitik.“

Angefündigt wurde auch die „Durchführung einer Sanierung des Reiches, der Länder und der Kommunen in verwaltungsmäßiger und steuerrechtlicher Hinsicht“.

Zugespöttisch

erklärt die „nationale Regierung“, sie wolle mithelfen, in die Gemeinschaft der übrigen Nationen einen Staat gleichen Wertes und damit allerdings auch gleicher Rechte einzufügen und für die Erhaltung und Festigung des Friedens einzutreten.

Schließlich wird noch „die Ueberwindung der kommunistischen Zerschlagung Deutschlands“ als „entscheidende Tat“ in Aussicht gestellt und bombastisch erklärt: „Die Parteien des Marxismus und seiner Mitläufer haben vierzehn Jahre lang Zeit gehabt, ihr Können zu beweisen. Das Ergebnis ist ein Trümmerfeld. Nun, deutsches Volk, gib uns die Zeit von vier Jahren, und dann urteile und richte uns.“

Vier Jahre.

Vier Jahre sind eine lange Zeit! In vier Jahren wird vieles vergessen. Vier Jahre sind eine noch längere Zeit, eine entsetzlich lange Zeit für den, der ohne Arbeit und Erwerb auf kümmerlichstem Leben fristen muß. Jeder Monat löst ihn tiefer ins Elend. Bangsam, aber grausam unerbittlich geht das Abwärts. Jeder neue Winter ist eine entsetzliche Prüfung. Vier Jahre, vier Winter!

In vier Jahren kann sich vielleicht die Weltwirtschaftskrise beruhigen, in vier Jahren können sich die Dinge von selber ändern, in vier Jahren geschieht vielleicht ein Wunder, das Propheten und Verheißer vor dem Jorn der Gottläufigen rettet!

Wer sich mit dem völlig nebelhaften Vierjahresplan der „nationalen Regierung“ verträglich läßt, dem werden, um in der Sprache der rechtsstehenden „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ zu reden, „die Augen übergehen“.

## Was ist die Wahrheit?

Am 2. Februar erwiderte der „Vorwärts“ dem Kanzler: „Sie sprachen vom „Novemberverbrechen“. Aber ohne dieses „Novemberverbrechen“ wäre ein Mann aus dem Arbeiterstande wie Sie niemals deutscher Reichskanzler geworden. Im alten Deutschland war der Arbeiter fast rechtlos und gesellschaftlich mißachtet. Erst die Sozialdemokratie hat den Arbeitern Gleichberechtigung und Achtung erkämpft.“

Und darum, Adolf Hitler, können Sie heute deutscher Reichskanzler sein.

Alles, was Sie sind, danken Sie der großen staatlichen Umwälzung, die Sie schmähend und der Sie im Widerspruch zu aller geschichtlichen Wahrheit, an der Niederlage Deutschlands schuld geben.

In der Niederlage Deutschlands haben die Junker und Barone schuld, mit denen Sie, Adolf Hitler, verbündet sind.

Die Junker und Barone haben Deutschland regiert, als es 1914 in den Krieg schitterte.

Die Junker und Barone — wie Ihr Oldenburg-Januschen — haben während der englischen Blockade ihre Felder nicht bestellt und sich in Briefen an Minister dieser Tat gegen das Vaterland noch gerechtfertigt.

Es sind dieselben Leute, die sich jetzt am Osthilfsstandal gefund gemacht haben, die Junker und Barone, Ihre Verbündeten!

Sie sagen, nach dem Kriege hätten die „marxistischen Parteien“ vierzehn Jahre lang regiert. In diesen vierzehn Jahren regierten außer Sozialdemokraten in Deutschland das Zentrum, die Wirtschaftspartei, die Deutsche Volkspartei und Ihre Verbündeten von heute: die Deutschnationalen.

Das sind bei Ihnen „die marxistischen Parteien“!

Von den vierzehn Jahren waren die Sozialdemokraten fünf Jahre in der Reichsregierung, Ihre Freunde, die Deutschnationalen, fast vier Jahre.

Sie sagen, die marxistischen Parteien haben an der Arbeitslosigkeit schuld. Wissen Sie nicht, daß in Amerika, wo die Marxisten überhaupt keine Rolle spielen, die Arbeitslosigkeit noch viel furchtbarer ist als in Deutschland?

Als Führer einer Partei, die sich noch immer Arbeiterpartei und sozialistisch nennt, müßten Sie eigentlich wissen, daß die Arbeitslosigkeit eine Folge des kapitalistischen Wirtschaftssystems ist.

Aber das dürfen Sie ja nicht sagen als Chef der ausgesprochensten Kapitalistenregierung, die es jemals in Deutschland gegeben hat!

Sie haben gesagt, daß Sie die Bauern und Arbeiter retten wollen. Aber mit keiner Silbe haben Sie gesagt, wie das gemacht werden soll. Sie toben gegen den Bolschewismus, der für Deutschland keine Gefahr ist, solange die Demokratie bleibt, die Sie — wie die Bolschewisten — bekämpfen. Aber das einzig neue Schlagwort hollen Sie sich von Stalin. Er hat einen Fünfjahresplan. Sie haben einen Vierjahresplan.

Sie fordern das Vertrauen des Volkes! Wir schreiben Ihnen unser Mißtrauen ins Gesicht!

# Was taten die „Novemberverbrecher“?

Ausruf der Volksbeauftragten.

12. November 1918.

1. Der Belagerungszustand wird aufgehoben.
2. Das Vereins- und Versammlungsrecht unterliegt keiner Beschränkung, auch nicht für Beamte und Staatsarbeiter.
3. Eine Zensur findet nicht statt. Die Theaterzensur wird aufgehoben.
4. Meinungsäußerung in Wort und Schrift ist frei.
5. Die Freiheit der Religionsübung wird gewährleistet. Niemand darf zu einer religiösen Handlung gezwungen werden.
6. Für alle politischen Straftaten wird Amnestie gewährt.
7. Das Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst (Arbeitsdienstpflicht — D. Red.) wird aufgehoben, mit Ausnahme der sich auf die Schlichtung von Streitigkeiten beziehenden Bestimmungen.
8. Die Geirndeordnungen werden außer Kraft gesetzt, ebenso die Ausnahmegeetze gegen die Landarbeiter.
9. Die bei Beginn des Krieges aufgehobenen Arbeiterkündigungsbestimmungen werden hiermit wieder in Kraft gesetzt.

Als unmittelbar bevorstehend wurden ferner angefündigt: Allgemeines Männer- und Frauenwahlrecht zu allen Verwaltungskörpern, Achttundentag, Erwerbslosenunterstützung, Ausdehnung der Krankenversicherung.

Am 23. Dezember 1918 wurde die Tarifvertragsverordnung erlassen und damit die Grundlage des geltenden Tarifrechts geschaffen.

Die „marxistischen Novemberverbrecher“ waren Männer der Tat! Sie sagten genau, was sie tun wollten und führten es auch aus. Hitlers Programm besteht dagegen aus ganz unbestimmten Redensarten.

Darum am 5. März alle für die „marxistischen Novemberverbrecher“: Liste 2.

# Und was tut die Hitler-Regierung?

Hitlers 12 Programmpunkte.

Sportpalastrede 10. Februar 1933.

1. Wir wollen nicht lügen und nicht schwindeln und keine billigen Versprechungen machen.
2. Wir wollen arbeiten, aber das Volk soll mitarbeiten.
3. Unsere ganze Arbeit muß geleitet sein von der Erkenntnis, daß wir niemals auf fremde Hilfe rechnen dürfen.
4. Die ewigen Gesetze des Lebens sind immer gleich und immer dieselben.
5. Die Grundlagen unseres Lebens beruhen auf Gesetzen, die niemand uns rauben kann, außer uns selbst.
6. Das Ziel unserer Arbeit ist die Erhaltung des deutschen Volkes und seines Bodens.
7. Dazu müssen wir zunächst die Ursachen des Verfalls beseitigen, die Verjüngung der Klassen erreichen, den Marxismus vernichten.
8. Wir müssen das Volk aufbauen auf dem deutschen Bauern als dem Grundpfeiler jedes völkischen Lebens.
9. Der deutsche Arbeiter als zweiter Grundpfeiler unseres Volkstums muß wieder zurückgeführt werden in die Gemeinschaft unseres Volkes.
10. Wir wollen dem deutschen Geist die Möglichkeit seiner Entfaltung sichern.
11. Kampf gegen die Erscheinungen des parlamentarisch-demokratischen Systems.
12. Wiederherstellung der Sauberkeit im Volke, im öffentlichen Leben und in der Kultur.

# Reichsfinanzler Adolf Hitler!

## Gehört das auch zum Vierjahresplan?

Auf Grund des Artikels 57 b der Reichsverfassung, die Sie beschreiben haben, bestimmt der Reichsfinanzler die Richtlinien der Politik. Nach dreizehnjähriger wilder Agitation gegen das „System“ hatten Sie nun die Macht in Händen. Nun wird sich zeigen, was Sie wollen und was Sie können. Wir hoffen von Ihnen, daß Sie vor dem Volke zu den Versprechungen Ihrer Partei stehen. Darum fragen wir, Herr Reichsfinanzler:

1. Wann wird der „Verfallener Schandvertrag“ zerrissen?
2. Wann wird das Kaufmännische Milliardenabkommen Ihres Vizekanzlers von Papen vernichtet?
3. Wann werden die 26 Milliarden Mark Auslandsschulden annulliert?
4. Wann wird die Kriegsschuldfrage aufgerollt?
5. Wann werden die Inflationssopfer entschädigt, die durch eine volksfeindliche Aufwertungsgeheißung Ihrer jetzigen Verbündeten beraubt worden sind?
6. Wann wird das „raffende Kapital“, wann werden die Banken enteignet?
7. Wann wird die Zinsnechtheit gebrochen?
8. Wann werden die Notverordnungen aufgehoben?
9. Wann wird die Hauszinssteuer beseitigt und werden die Mieten gesenkt?
10. Wann werden die Löhne erhöht?
11. Wann werden die Sozialrenten, die Erwerbslosenunterstützungen und die Renten der Kriegssopfer erhöht?
12. Wann wird der Besitz mehr besteuert als unter Papen?
13. Wann werden die Massensteuern abgebaut?

14. Wann werden der polnische Korridor, Danzig und Memel zurückgeholt?
15. Wann bekommen wir Ost-Oberschlesien und Eupen-Malmédy wieder?
16. Wann bekommt Deutschland koloniale Absatzgebiete?
17. Wann kommt der wirtschaftliche Aufschwung?
18. Wann bekommen die acht Millionen Arbeitslosen Arbeit?
19. Wann kommt der nationale Sozialismus?

Reichsfinanzler Adolf Hitler hat zwei Vierjahrespläne in Aussicht gestellt. Daneben noch einen Zehnjahresplan zur Vernichtung des Marxismus.

In welcher Zeit aber werden die in unseren Fragen enthaltenen Forderungen erfüllt? Sie wurden nicht einmal in der Bekanntgabe der nächsten Vierjahrespolitik erwähnt!

Arbeiterwähler und Arbeiterwählerin! Hat die Nazi-partei nicht in geradezu hysterischer Agitation all das versprochen, was wir hier aufgezählt? Sollte das nicht das ABC nationalsozialistischer Politik nach der Machtergreifung sein? Merkst du, wie diese Bewegung nur auf Bluff und Verdummung beruht? Willst du wirklich solcher Partei dein Schicksal anvertrauen?

Beantwortet die Fragen am 5. März, der unter der Parole steht: Fort mit allem Nazigeckmeiß in der Politik! Bahn frei für eine wahre Volkspolitik unter Führung der Sozialdemokratie! Jede Stimme der Liste 2.

Victor Kalinowski

## Appell an den Wähler!

Kein Wähler darf zu Hause bleiben,  
Zur Urne muß ein jeder gehn,  
Weil in des Schicksals wirrem Treiben  
Die Rechte auf dem Spiele stehn,  
Vom Volk so opferschwer errungen  
Im Kampfe mit der alten Zeit,  
Die wiederum, noch unbezungen,  
Die neue Zeit mit Haß bespeit.

Jetzt hat der Wähler zu entscheiden,  
Jetzt sitzt er wieder zu Gericht,  
Viel Unkultur läßt sich vermeiden,  
Wenn bei der Wahl die Logik spricht,  
Drum lasse sich kein Wähler blenden  
Vom Schlagwort der Reaktion,  
Sie wird an ihrem Haß verenden,  
Stürzt sie der Wähler erst vom Thron.

Wer wählen darf, der ist verpflichtet  
Dies Recht zu krönen mit der Tat,  
Wer es nicht ausübt, der verzichtet  
Auf die Gerechtigkeit im Staat,  
Dann darf er nimmer sich beklagen,  
Wenn er als Bürger rechtlos wird,  
Wenn ihn mit Schlägen auf den Magen  
Die Willkür vor das Unrecht schirmt.

Willst du als freier Bürger gelten,  
Dann geh zur Wahl und zaudre nicht,  
Dem Arbeitsmann, dem Angestellten  
Und dem Beamten sei sie Pflicht,  
Das Volk kann nie die Stimme missen,  
Die es als höchstes Recht dir leih  
Für Freiheit, Frieden, Fortschritt, Wissen  
und Ausbau der Demokratie!

Die Losung sei: Wählt Liste 2.

# Wer ist für die Regierung Hitler-Papen?

Wer bei dieser Wahl für Adolf Hitler und seine Partei ist, der ist auch für Papen und seine Politik. Papen ist der Vizekanzler und der besondere Vertrauensmann in der Regierung mit diktatorischen Vollmachten über ganz Preußen. Die Politik Papens ist also jetzt gleichzeitig die Politik Adolf Hitlers. Beide sind eins — Kanzler!

Nun ist es interessant, einmal herauszustellen, wer denn dieser Herr von Papen ist, mit dem Adolf Hitler jetzt verbündet ist und gemeinsame Politik macht. Wir lassen hierzu die nationalsozialistische „Preussische Zeitung“ reden, die am 1. November, also vor einem Vierteljahr, die Frage aufwarf:

### Wer ist für Papen?

Sie gab folgende Antwort:

„Etwa der Arbeiter, dem Herr von Papen die Hungerlöhne kürzte zugunsten der Exportindustrie, der Banken und der Börse, um deren Sanierung er sich allerdings mit allen Kräften bemüht? Nein!“

Etwa der Bauer, der nur mit Versprechungen gefüttert wird, ohne daß die so dringend notwendige Hilfe endlich eintrifft?

Etwa der Mittelständler, für den Herr von Papen nur höfliche Worte hat, während er gleichzeitig den verachteten jüdischen Kartstadt-Konzern, einen der Lorenzgräber des Mittelstandes, mit öffentlichen Geldern unterstützt? Nein!

Etwa der Beamte, den das Kabinett, wie Herr von Papen bekanntgab, durch die Reform des Wahlrechts zu entmündigen gedenkt? Nein!

Etwa der Rentner, dem Herr von Papen in der ersten Notverordnung weitere starke Abzüge zumutete? Nein!

Etwa der Kriegsbeschädigte, der ebenfalls durch die Verordnung des Herrn von Papen den „Dank des Vaterlandes“ in Gestalt von starken Schmälerungen seiner kleinen Bezüge jubiliert erhielt? Nein!

Etwa der Arbeitslose, der durch weitere Kürzung des Stempelgeldes und Verschärfung der Bedürftigkeitsprüfung noch mehr als bisher schon der Verelendung preisgegeben wurde? Nein!

Etwa die Jugend, der Herr von Papen das Mitbestimmungsrecht nehmen will? Der Herr von Papen mit seinen Regierungsmethoden den Weg in die Zukunft versperrt? Nein!

Etwa die Juden? Jawohl, die Juden! Sie preisen Papens Regierungskünste in den höchsten Löhnen. Sie freuen sich darüber, daß er den Banken und der Börse Auftrieb gibt.

Wer sonst noch? Hugenberg und die Seinen. Alle deutsch-nationalen Reaktionäre vom reinsten Wasser, die um privater und parteipolitischer Zwecke willen am Alten, Verbrauchnen festhalten und das neue, das werdende Deutschland von morgen hassen und bekämpfen. Die Mitglieder des Herrenklubs, die Großspekulanten der Börse, die Industriebefürworter, kurz alle Menschen, die das Volk nicht kennen, die Räte des Volkes nicht kennen, die nichts mit dem Volke gemein haben.“

So also ließ Adolf Hitler noch vor einem Vierteljahr in seiner Presse schreiben. Und heute? Heute ist er der Verbündete dieses Mannes und mit ihm seine ganze Partei.

Arbeiter, wollt auch ihr diesem Bündnis beitreten dadurch, daß ihr den Parteien dieser Leute eure Stimmen gebt? Wenn nicht, dann alle Stimmen der Liste 2, SPD!

# Wir erinnern - - -

Reichsfinanzler Adolf Hitler hat in seiner Sportpalastrede am 10. Februar 1933 folgenden bemerkenswerten Satz ausgesprochen: „Wir wollen nicht lügen und wir wollen nicht schwindeln. Ich habe es deshalb abgelehnt, jemals vor dieses Volk hinzukreten und billige Versprechungen zu geben.“ Da in der Partei Adolf Hitlers nach seinem eigenen Geständnis nichts ohne seinen Willen geschieht, seien im folgenden nur einige Versprechungen angeführt:

Sofortige Aufhebung der Notverordnung vom 4. Sept. 1932. (Antrag der NSDAP. im Reichstag.)

Zinslose Steuerstundung und Niederschlagung der Steuern bei Verschuldung über 50 Prozent des Einheitswertes. (Antrag der NSDAP. im Preussischen Landtag.)

Einfuhrverbote. (Antrag der NSDAP. im Preussischen Landtag.)

Sofortige Aufhebung der Gemeindegefränksteuer. (Antrag der NSDAP. im Preussischen Landtag.)

Sofortige Schließung der See-Grenschlachthöfe. (Antrag der NSDAP. im Preussischen Landtag.)

Zariffenkung für die Landwirtschaft. (Antrag der NSDAP. im Reichstag.)

Pachtmängelung. (Antrag der NSDAP. im Reichstag.)

Zinslose Stundung der Zinsen für Siedler. (Antrag der NSDAP. im Reichstag.)

Ausreichende Mittel für landwirtschaftliche Forschungsinstitute. (Antrag der NSDAP. im Reichstag.)

Einstellung der ausländischen Kartoffel- und Futtermittelfuhr. (Antrag der NSDAP. im Reichstag.)

Völlige Steuerstundung bis zum Verkauf der nächsten Ernte. (Antrag der NSDAP. im Bayerischen Landtag.)

Einjähriger Zahlungsausschub für Kapital- und Steuerrenten. („Nationalsozialistische Landpost“ vom 13. Sept. 1931.)

Erhöhung des steuerfreien Einkommens von 700 bis 2400 M. (Antrag der NSDAP. im Preussischen Landtag.)

Nachprüfung aller Zwangsversteigerungen. („Eine nationalsozialistische Regierung wird außerdem eine Prüfung aller Zwangsversteigerungen landwirtschaftlicher Grundstücke durchführen, die nach dem 13. Juli 1931 vorgenommen worden sind.“ — Aufruf Adolf Hitlers am 20. Febr. 1932.)

Aufhebung der Salzsteuer. („Nationalsozialistische Landpost“, Nr. 31, 1932.)

Senkung der Umsatzsteuer. (Antrag der NSDAP. im Reichstag.)

Kontingentierung der Kartoffeleinfuhr. (Antrag der NSDAP. im Bayerischen Landtag.)

Sofortige Hilfe im Weinbauggebiet. (Antrag der NSDAP. im Preussischen Landtag.)

Aufnahme des Rhön- und Speessartgebietes in die Osthilfe. (Antrag der NSDAP. im Bayerischen Landtag.)

Große Ent- und Umschuldungsaktion für die Landwirtschaft und fünf Jahre Zinsermäßigung. (Antrag der NSDAP. im Preussischen Landtag.)

Es wäre etwas sonderbar, wenn der Herr Reichsfinanzler Hitler von all diesen Versprechungen nichts gewußt hätte. Die Partei Adolf Hitlers hat die Regierungen Brüning, v. Papen und v. Schleicher vom ersten Tage an, ohne ihnen vier Jahre, oder gar zehn Jahre, oder vierzehn Jahre Frist zu geben, auf das entschiedenste bekämpft. Ist es daher unangebracht, wenn wir heute den Reichsfinanzler Hitler an diese hundertfachen Versprechungen erinnern? Und ist es verwunderlich, wenn das arbeitende Volk zu diesem Kanzler und seiner Partei kein Vertrauen hat? Oder, Arbeitsmann, hast du trotz allem zu diesen Leuten Vertrauen? Wenn nicht, dann heiße mit, daß sie am 5. März vernichtend geschlagen werden!

## Die Nazis als Ankläger.

In dem Wahlaufruf, den die Hitlerpartei zur Reichstagswahl am 14. September 1930 herausgab, hieß es:

„Eine Periode größter politischer Versprechen und ebenso großer Hoffnungen endet im allgemeinen politischen, moralischen und wirtschaftlichen Bankrott.“

Das souveräne Volk kann sich heute bei seinen politischen Führern bedanken, denn diese sind für sein Los verantwortlich.

Die Parteien der Handarbeiter versprachen die Besserung des Loses des deutschen Arbeitnehmers: Sein Los hat sich verschlechtert!

Die Parteien der Industrie und Großwirtschaft versprachen die Rettung der deutschen Wirtschaft, der deutschen Industrie: Deutsche Wirtschaft samt deutscher Industrie geht zugrunde!

Die Parteien unserer Bauern haben versprochen, die Landwirtschaft vor dem Ruin zu bewahren: Wenn ihre Rettung nur noch zehn Jahre lang so wie bisher andauert, wird es keinen selbständigen deutschen Bauern mehr geben!

Die Parteien des deutschen Mittelstandes versicherten, den deutschen Mittelstand vor der Vernichtung zu retten: Der deutsche Mittelstand aber geht in schnellstem Tempo seinem vollständigen Untergang entgegen!

Die Parteien der Aufwarter haben versichert, die Wiedergutmachung des Inflationsverbrechens durchführen zu wollen: Die Parteien, sie leben, aber die Opfer der Inflation sterben langsam aus.

Die Parteien zur Rettung des Kleingewerbes schwören, dem kleinen Handwerker, dem Geschäft- und Kaufmann zu helfen: Allein unter ihrer Mithilfe schließen die Groß-Warenhäuser aus dem Boden und würgen Hunderttausende dieser selbständigen Existenzen ab! —

Seit dem 31. Januar 1933 sind die Nazis an Regierungsruder und der Parteiführer Adolf Hitler bestimmt die Richtlinien der Politik. Von einer Verwirklichung der Versprechungen ist bis jetzt nichts zu spüren. Statt dessen hört man neue Verströungen und Versprechungen. Über die Taten — die Taten im Sinne vorstehender Versprechungen bleiben aus!

## Pöfchen — Pöfchen!

Das ist die einzige Parole, die die nationalsozialistischen Parteisekretäre interessiert. Alle die Gauleiter, Sturmführer usw., die nichts anderes sind, als was die gleichen Leute bei anderen Parteien Sekretäre oder Bonzen nennen, wollen jetzt „unterkommen“. Ihr Parteigenosse Göring, jetzt preussischer Innenminister, weiß sich kaum noch zu helfen vor lauter Pöfchengelächern.

Mittlerweile hat ja auch die große Säge gearbeitet. Duzende von hochverdienten politischen Beamten sind aus ihren Stellen entfernt worden. Auf diese freigewordenen Stellen haben die Nazibonzen eine Jagd eröffnet, die schon das ihnen befreundete Bürgertum anwidert.

Niemand von all den Nazibonzen denkt mehr an die wirtschaftlichen und sozialen Notwendigkeiten. Sie stehen alle zusammen mit ihrem Führer Adolf Hitler, daß sich das Volk mindestens vier Jahre gebüden solle.

Also: Arbeit, Brot, Preisentung, Lohnhöhung, ausreichende Unterstützung, Senkung der Massensteuern, Ausbau der Sozialgesetze — all das ist vorläufig verschoben und nicht diskutabel, Wartezeit vorläufig vier Jahre!

Aber daß die Nazibonzen ihre Pöfchen bekommen, Polizeileutnant, Postzirkonmandant, Polizeipräsident, Regierungspräsident, Oberpräsident werden — ja, Kinder, das duldet keinen Aufschub. Da konnte nicht gewartet werden bis nach der Wahl.

Und mit welchem Schmeiß das durchgeführt wurde! Warum hat man den Schneid nicht bei den Arbeiterforderungen? Ja, warum nicht?

Aber, Arbeitsmann, werde mach! Besinne dich und erkenne, wie der Kurs gehen soll. Zahle den Leuten alles heim am 5. März und heiße mit, daß keine Arbeiterstimme der Nazi-partei zufällt.

